

Oberbürgermeisterwahl

Ludwigshafen: Kommunalaufsicht bestätigt Ausschluss von AfD-Politiker Joachim Paul

Die rheinland-pfälzische Kommunalaufsicht hat den Ausschluss des AfD-Politikers Joachim Paul von der Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen bestätigt. Die ADD, eine Behörde der Landesregierung, wies den Einspruch des Landtagsabgeordneten zurück und hält die vom Wahlausschuss geltend gemachten Zweifel an seiner Verfassungstreue für ausreichend begründet.

Von Redaktion



Der rheinland-pfälzische AfD-Politiker Joachim Paul ist nicht zur Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen zugelassen worden. (IMAGO/NurPhoto)

Die rheinland-pfälzische Kommunalaufsicht hat den Ausschluss des AfD-Politikers Joachim Paul von der Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen bestätigt. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier wies den Einspruch des Landtagsabgeordneten zurück. Der Ludwigshafener Wahlausschuss hatte Paul im August nicht zur Wahl zugelassen, weil Zweifel an seiner Verfassungstreue geltend gemacht worden waren.

Nach Berichten von *SWR* und *dpa* erkennt die Behörde diese Zweifel als ausreichend begründet an. In den vorliegenden Unterlagen werde ein Menschenbild deutlich, das nicht mit den fundamentalen Werten des Grundgesetzes vereinbar sei. Zugleich widersprächen geäußerte Überzeugungen Pauls der Menschenwürde und dem

Rechtsstaatsprinzip. Paul kann gegen die Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht klagen.

Werbung

Die ADD ist eine Behörde der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Sie agiert als Kommunalaufsicht und prüft Entscheidungen kommunaler Gremien im Rahmen der Landesverwaltung. Damit handelt es sich bei der Entscheidung nicht um ein Urteil einer unabhängigen Justizinstanz, sondern um einen Verwaltungsbescheid einer staatlichen Behörde. Bereits zuvor hatte die Landesregierung über den Verfassungsschutz und das Innenministerium Material zusammengeführt, auf das sich der Wahlausschuss gestützt hatte.

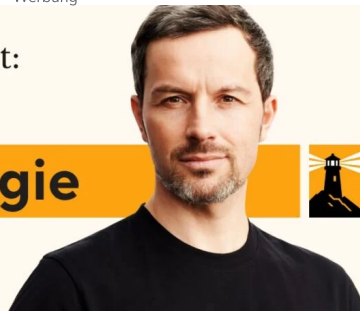
Der Wahlausschuss stützte den Ausschluss auf § 53 Absatz 3 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz. Die Vorschrift verlangt, dass ein Bewerber die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Paul hatte dagegen bereits vor der Wahl Eilanträge gestellt, war damit jedoch vor den Verwaltungsgerichten gescheitert. Die Gerichte verwiesen auf das nachgelagerte Wahlprüfungsverfahren, in dem nun erstmals eine umfassendere inhaltliche Bewertung erfolgt ist – nun jedoch durch eine Landesbehörde, nicht durch ein Gericht.

Werbung

Sicherheit beginnt mit einem Schritt:
Raus aus der EU.

Die Sicherungsstrategie

Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

Dem AfD-Politiker waren unter anderem Positionierungen zur sogenannten „Remigration“ sowie Kontakte zu Martin Sellner vorgehalten worden. Ein wesentlicher Teil des Materials ging auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zurück. Paul weist die Vorwürfe zurück und sieht seinen Ausschluss als rechtswidrig an. Sein Anwalt hatte bereits in einem Schreiben an die Stadt argumentiert, die Wahl müsse für ungültig erklärt werden.

LESEN SIE AUCH:



CDU-Ministerpräsident

„Da muss man sehr weit rechts stehen, um mich als links zu bezeichnen“, sagt Daniel Günther

Redaktion • 66



INSA

Jeder fünfte Wähler hat früher Union gewählt und will es nie wieder tun – 40 Prozent wollen für die AfD stimmen

Matthias Böttger • 92

Nach dem Ausschluss nahm die AfD ohne eigenen OB-Kandidaten an der Wahl teil. Die Beteiligung blieb niedrig, der Anteil ungültiger Stimmen lag im ersten Wahlgang deutlich über üblichen Kommunalwahlwerten. In der Stichwahl setzte sich der von CDU und FWG unterstützte Bewerber Klaus Blettner durch und tritt zum Jahreswechsel das Amt an.

Der nach der Wahl von Paul eingereichte [Einspruch](#) gegen das Wahlergebnis ist davon getrennt zu betrachten. Er bleibt ein eigenständiges Verfahren, über das noch zu entscheiden ist.

cm

Teilen:

[Zu den Kommentaren \(71\)](#) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#)

[→ Weiter zum Zahlen](#)

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

[Beliebig \(€\)](#)

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

[Weiter zum Abschließen](#)